

Seite:

NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: JHA/06/2008

Gremium: Jugendhilfeausschuss Tag: Jugendhilfeausschuss Dienstag, 11.11.2008

Ort: Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.201

Beginn: 16:00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

- 1. Feststellung der Tagesordnung
- 2. Mitteilungen
- 3. Anliegen der Jugendräte
- 4. Bündnis für Familien
- 5. Stand der Umsetzung des KiBiz
- 6. Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände/Freie Träger der Jugendhilfe, Jugendverbände und sonstige Träger der Jugendhilfe
 Hier: Bericht des Werkhofes

7. Ausbauplanung Kinderspielplatz Düppelstr.

Vorlage: 0861/2008

8. Jahresbericht Offene Ganztagsschulen 2007

Vorlage: 0936/2008

9. Schulentwicklungsplanung 2009/2010 bis 2016/2017 für die Primarstufe und für die Sekundarstufe I und II der allgemeinbildenden Schulen hier: Auflösung von Grundschulen und Hauptschulen (ursprüngliche Vorlage:

0772/2008)

- a) Stellungnahmen der Schulen zur o.g. Vorlage
- b) Beschlussfassungen der anderen Gremien
- c) Aktuelle Schulstatistik, Stand: 14.10.2008
- d) Liste der außerschulischen Nutzungen



Seite: 2

Vorlage: 0954/2008

10. Schulentwicklungsplanung 2009/2010 bis 2016/2017 für die Primarstufe und für die Sekundartsufe I und II der allgemeinbildenden Schulen

hier: Bedarfsgerechte und flächendeckende Versorgung mit OGS-Plätzen bei möglicher Schließung der Erwin-Hegemann-Grundschule, Grundschule Vincke und Grundschule Reh

Vorlage: 1019/2008

- 11. Planungskonzept "Kinderschutz in Hagen"
 - Dritte Lesung -

Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Planungskonzept "Kinderschutz in Hagen"

- Zweite Lesung -Vorlage: 0747/2008

12. Integrationskonzept für die Stadt Hagen

hier: Ergänzungsvorlage zur Vorlage 0139/2008 für den Teilbereich Sport

Vorlage: 0895/2008

13. Integrationskonzept für die Stadt Hagen

- Zweite Lesung -Vorlage: 0139/2008

14. Anfragen nach §6 Abs. 8 der GeschO des Rates



Seite: 3

B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Tagesordnung

Herr Strüwer eröffnet die Sitzung um 16.10 Uhr.

Herr Strüwer stellt Einvernehmen zur vorliegenden Tagesordnung fest.

2. Mitteilungen

Herr Goldbach berichtet, dass der Ausbau des Kinderspielplatzes Drostenhof noch nicht erfolgen könne, da es keine Genehmigung gebe. Das Investitionsprogramm habe insgesamt bisher noch keine Rückmeldung erfahren.

Weiter teilt er mit, dass in den letzten drei Wochen zwei Klagen beim Verwaltungsgericht Arnsberg eingegangen seien, die Klagen beträfen den Bolzplatz Eschenweg und den Spielplatz Berchumer Straße.

Aufgrund der Verzögerungen bei den Dacharbeiten habe es Probleme mit einer Veranstaltung im Kultopia gegeben.

Frau Burg-Ahrendt verweist auf eine Veranstaltung in der Reihe "Fit für die Arbeit mit Jugendlichen" und lädt hierzu ein.

Herr Dr. Brauers berichtet zum Stand der Familienkarte, dass vom Habit zwar Listen für die in Frage kommenden Familien erstellt worden seien, die erforderlichen manuellen Nacharbeiten jedoch noch 2-3 Wochen in Anspruch nähmen. Er geht davon aus, dass die Karten Anfang Januar 2009 versandt werden könnten.

Herr Dr. Schmidt teilt mit, dass die Meldung aus dem Ministerium, eine Förderung gebe es nur bei einer Betreuungszeit in den Kindergärten von 25 Stunden, heute zurückgenommen worden sei. Gefördert würden nun auch die Betreuungszeiten von 35 und 45 Stunden. Weiter gebe es ein Programm zur Förderung betrieblicher Kindergartenplätze, das nun den Unternehmen unterbreitete werde.

Frau Versteeg-Schulte erklärt, dass die AWO und der Caritasverband Kooperationsinteresse hinsichtlich des Aktionsplans Kindertagespflege bekundet hätten.



Seite:

Auf Anfrage von Frau Klos-Eckermann erläutert Herr Dr. Schmidt, dass sich alle Schulen für den Bereich Sek 1 gegen den gebundenen Ganztag ausgesprochen hätten. Da die Übermittagbetreuung ab Februar nächsten Jahres bleibe, seien 100.000,- EUR Zuschuss kalkuliert. Der Verwaltungsvorstand habe beschlossen, dem Innenminister die Frage vorzulegen, welches Ziel aus Sicht der Landesregierung Vorrang habe, die Konsolidierung oder der Ganztag.

Herr Finkensiep teilt noch mit, dass bei der Veranstaltung des Bündnisses für Toleranz, Demokratie und Vielfalt zur Reichsprogromnacht eine Beteiligung von über 1.200 Schülerinnen und Schüler zu verzeichnen gewesen sei.

3. Anliegen der Jugendräte

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Grieger berichtet, dass der Jugendrat den zweiten Platz beim Bürgerpreis der Sparkasse belegt habe.

Frau Caliskan führt aus, dass die Schulen bei den Wahlen zu den Jugendräten gut mitgemacht hätten.

Sie teilt weiter mit, dass in diesem Jahr noch drei Projekte geplant seien, demnächst starte ein Projekt in einem Altenheim.

4. Bündnis für Familien

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Dr. Brauers erklärt, dass es in den vergangenen 4 Wochen keine Aktivitäten gegeben habe, über die zu berichten sei. Da die Federführung durch den Fachbereich auslaufe, werde es im Dezember aber noch einen Schlussbericht geben.

5. Stand der Umsetzung des KiBiz

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Versteeg-Schulte und Frau Haack berichten, dass in den Regionalkonferenzen der Bestand erhoben worden sei und nun die Kitas ihre Vorstellungen für das nächste Jahr darlegen könnten.



Seite: 5

6. Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände/Freie Träger der Jugendhilfe, Jugendverbände und sonstige Träger der Jugendhilfe

Hier: Bericht des Werkhofes

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Stahl berichtet, dass der Werkhof derzeit 100 Maßnahmen und Praktikumsplätze an zwei Projektstandorten zur Verfügung stelle, und zwar in der Obernahmer und bei Möbel und Mehr in Hagen und Iserlohn. 6 Jugendliche erhielten zurzeit eine Ausbildung, es würden 3 Bürokauffrauen und 3 Teilezurichter ausgebildet. Es habe ein Theaterprojekt gegeben und ein weiteres in Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer-Institut.

Frau Machatschek bittet um Auskunft, ob es nach dem Theaterprojekt noch weitere Kooperation mit der ARGE gegeben habe.

Frau Stahl erläutert, dass es neben der allgemeinen Zusammenarbeit keine speziellen Projekte mit der ARGE gebe, sondern der Werkhof direkt spezielle Jugendprojekte habe. Es gebe Kooperation mit dem Caritasverband, dem Diakonischen Werk und der AWO.

Auf Nachfrage von Herrn Strüwer, ob die Zusammenarbeit mit der ARGE sich nun positiv entwickelt habe, teilt Frau Stahl mit, dass die Zusammenarbeit zurzeit sehr gut laufe. Es gebe eine gemeinsame Anlaufstelle des Trägerverbundes, die an zwei Tagen in der Woche besetzt sei. Die Zuweisung erfolge zwar durch die ARGE, der Trägerverbund könne dann aber vor Ort selbst entscheiden.

7. Ausbauplanung Kinderspielplatz Düppelstr. Vorlage: 0861/2008

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Goldbach teilt mit, dass während des Drucks der Vorlage sich für diesen Spielplatz ein Kaufinteressent gemeldet habe. Sollte sich ein Verkauf realisieren lassen, könne der Erlös in der Umgebung (Dreieckstr./ Stadtplatz Altenhagen) investiert werden. Er schlägt vor, die Planung für den Spielplatz dennoch vorzustellen, aber abzuwarten, ob sich die Gespräche mit dem Kaufinteressenten erfolgreich gestalteten. Eine Entscheidung sollte daher bis zur nächsten oder übernächsten Sitzung zurück gestellt werden. Die BV wolle sich im Januar 2009 erneut mit der Vorlage befassen.

Herr Heckrodt stellt sodann die Planungen anhand einer Zeichnung vor. Er bestätigt, dass die BV Mitte den Beschluss vertagt habe und die weitere Entwicklung abwarte.



Seite: 6

Auf Nachfrage von Frau Burghardt, ob außer dem Sandkasten auch andere Spielgeräte behindertengerecht geplant seien, teilt Herr Heckrodt mit, die Planungen beträfen nur den Sandkastenbereich. Er verweist auf die entstehenden Kosten, z. B koste ein behindertengerechtes Karussell das Vierfache eines normalen Karussells.

Herr Strüwer schlägt vor, dass der JHA die Planungen in erster Lesung zur Kenntnis nehme. Die endgültige Beschlussfassung werde zurück gestellt. Er stellt sodann folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Beschluss:

Die vorgestellte Ausbauplanung für den Kinderspielplatz Düppelstraße wird in erster Lesung zur Kenntnis genommen.

<u>Ab</u>	<u>Ab</u> stimmungsergebnis:		
X	Einstimmig beschlossen		
	Mit Mehrheit beschlossen		
	Einstimmig abgelehnt		
	Mit Mehrheit abgelehnt		
	Abgelehnt bei Stimmengleichheit		
	Ohne Beschlussfassung		
	Zur Kenntnis genommen		
	für: gegen: thaltungen:		

8. Jahresbericht Offene Ganztagsschulen 2007 Vorlage: 0936/2008

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Engelhard berichtet über die umfangreiche Vorlage und die daraus ersichtliche Integrationsarbeit. Er macht deutlich, dass der Migrationsanteil beim Offenen Ganztag immer höher als bei der Schule selbst sei. Er berichtet, dass inzwischen auch die Qualitätsentwicklung sehr gut angelaufen sei.

Herr Decker verweist auf die Darstellungen zum Personalschlüssel und die dort genannten geringfügig Beschäftigten, Honorarkräfte, Sonstige und Ehrenamtli-



Seite:

che und bittet um Mitteilung, welche Kräfte z. B. in den Bereichen Musik und Sport eingesetzt würden.

Herr Engelhard erklärt, es gebe Projekte mit der Musikschule und außerschulischen Partnern. Auf den Einwand von Herrn Decker, dass dabei auch die Qualitätssicherung beachtet werden müsse, teilt Herr Engelhard mit, dass der Bericht solch detaillierte Angaben nicht hergeben könne.

Herr Strüwer weist darauf hin, dass einzelne Mitglieder im Ausschuss als Träger sehr dezidiert informiert seien und daher die Qualitätssicherung regelmäßig auch im Jugendhilfeausschuss beraten werde.

Herr Kortmann ruft die Presseberichte zum Thema Essen in der Schule in Erinnerung und erklärt, dass ein Teil der Sparkassenspende in Höhe von 4.000,-EUR noch verteilt werden könne. Auf Nachfrage von Herrn Strüwer, teilt er mit, dass die Situation in der Wilhelm-Busch-Schule so wie in der Öffentlichkeit dargestellt sei. Inzwischen habe sich ein privater Sponsor gemeldet, mehr sei aber noch nicht bekannt.

Herr Decker führt aus, dass der Bericht OGS positiv sei und sich daher die Frage nach den negativen Seiten und der weiteren Entwicklung stelle. Hierzu erläutert Herr Engelhard, dass erhebliche Kosten entstünden und die Kommunen mit einem Haushaltsicherungskonzept benachteiligt seien.

Herr Strüwer fügt hinzu, dass die Beitragszahlerstruktur so sei, dass mehr als die Hälfte keinen Beitrag zu zahlen hätten und daher die Stadt eintreten müsse. Die Politik habe entschieden, dass das Angebot nicht gekürzt werden solle, also müsse die Stadt zahlen.

Auf den Hinweis von Frau Machatschek, dass in Kückelhausen und in der Erwin-Hegemann-Schule lediglich 1/3 der Kinder am Mittagstisch teilnähmen, teilt Herr Engelhard mit, dass die Erhebung der Zahlen das Schuljahr 2006/2007 betreffe. Im nächsten Bericht seien hier andere Zahlen zu finden.

Herr Haensel berichtet, dass in der Erwin-Hegemann-Schule ein Mittagstisch für alle angeboten werde, dieses Angebot werde aus Spenden finanziert.

Frau Köppen erklärt, der Ausschuss danke den vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern.

Herr Strüwer stellt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Jahresbericht Offene Ganztagsschule 2007 wird zur Kenntnis genommen.



Seite: 8

<u>Ab</u>	Abstimmungsergebnis:		
	Einstimmig beschlossen		
	Mit Mehrheit beschlossen		
	Einstimmig abgelehnt		
	Mit Mehrheit abgelehnt		
	Abgelehnt bei Stimmengleichheit		
	Ohne Beschlussfassung		
X	Zur Kenntnis genommen		
Dafür:			
Dag	Dagegen:		
Ent	Enthaltungen:		

- 9. Schulentwicklungsplanung 2009/2010 bis 2016/2017 für die Primarstufe und für die Sekundarstufe I und II der allgemeinbildenden Schulen hier: Auflösung von Grundschulen und Hauptschulen (ursprüngliche Vorlage: 0772/2008)
 - a) Stellungnahmen der Schulen zur o.g. Vorlage
 - b) Beschlussfassungen der anderen Gremien
 - c) Aktuelle Schulstatistik, Stand: 14.10.2008
 - d) Liste der außerschulischen Nutzungen

Vorlage: 0954/2008

10. Schulentwicklungsplanung 2009/2010 bis 2016/2017 für die Primarstufe und für die Sekundartsufe I und II der allgemeinbildenden Schulen hier: Bedarfsgerechte und flächendeckende Versorgung mit OGS-Plätzen bei möglicher Schließung der Erwin-Hegemann-Grundschule, Grundschule Vincke und Grundschule Reh

Vorlage: 1019/2008

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer schlägt vor, diese beiden Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln und stellt Einvernehmen hierzu fest.

Herr Kortmann erläutert die Vorlage in der die räumlichen Kapazitäten und die zu erwartenden Schülerzahlen dargestellt seien. Zur möglichen Rückzahlungsverpflichtung bei wegfallenden OGS-Plätzen teilt er mit, dass bei einer Übertragung von OGS-Plätzen auf eine Nachfolgeschule wohl davon auszugehen sei, dass dies zuschussunschädlich wäre. Er weist darauf hin, dass vor Schließung einer Schule jedoch zunächst entsprechende Räumlichkeiten geschaffen werden müssten. Das größte Problem sehe er bei einer Schließung der Vinckeschule.



Seite: 9

Herr Strüwer bittet Frau Haack um Ergänzungen der sozialräumlichen Daten. Frau Haack erläutert hierzu, dass rein rechnerisch kein Problem bestehe. Die Erwin-Hegemann-Schule sei jedoch der wichtigste Anlaufpunkt im Stadtteil. Für die Schule sei es günstig, wenn sie bestehen bliebe, da sie dann aufgrund der demographischen Entwicklung endlich umsetzen könne, was seit Jahren Konzept sei. Im Übrigen habe die Grundschule Helfe es abgelehnt, OGS anzubieten. Sie fasst zusammen, dass rein zahlenmäßig vieles möglich sei, die Schwierigkeit jedoch darin bestehe, die Menge der Kinder gleichmäßig zu verteilen.

Herr Strüwer erklärt, die Verwaltung sei in der letzten Sitzung aufgefordert worden, eine Diskussionsgrundlage zu schaffen für eine Beschlussfassung. Als Vorsitzender stelle er einen eigenen Beschlussvorschlag (s. nachfolgenden Beschlusstext) zur Diskussion.

Herr Decker verweist auf die Vorgabe, dass eine Million Euro einzusparen seien und führt aus, dass die Ratsmitglieder nicht im JHA die eine und im Rat die andere Entscheidung treffen könnten.

Frau Klos-Eckermann meint, dass man sich im ersten Punkt einig sei.

Herr Strüwer weist bezüglich der anderen beiden Punkte des Vorschlags auf das in Kürze beginnende Anmeldeverfahren für die Schulen hin.

Frau Haack teilt mit, dass bei der Schließung der drei genannten Schulen durchaus gespart werden könne. Da allerdings die OGS-Plätze bleiben sollten, müssten Investitionen in anderen Schulen erfolgen. Eine kurzfristige Änderung mache daher keinen Sinn.

Herr Dr. Schmidt weist darauf hin, dass der Rat nicht abschließend beraten könne, wenn die Schulkonferenzen nicht gehört worden seien.

Herr Strüwer erläutert, dass die Schulentwicklungsplanung berücksichtige, dass der Offene Ganztag einen wichtigen Bestandteil ausmache. Daher müsse der Jugendhilfeausschuss konkret Stellung dazu beziehen, was im nächsten Jahr geschehe, damit feststehe, wo man sein Kind anmelden könne und welche Möglichkeiten es für den Offenen Ganztag gebe. Sodann stellt er folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Beschluss:

1. Bei der aktuellen Schulentwicklungsplanung für den Grundschulbereich ist sicherzustellen, dass auch zukünftig ein flächendeckendes bedarfsgerechtes Angebot im Offenen Ganztag vorgehalten wird.

Seite: 10

Abstimmungsergebnis:		
X	Einstimmig beschlossen	
	Mit Mehrheit beschlossen	
	Einstimmig abgelehnt	
	Mit Mehrheit abgelehnt	
	Abgelehnt bei Stimmengleichheit	
	Ohne Beschlussfassung	
	Zur Kenntnis genommen	
Da	für: 12 gegen: 0 thaltungen: 0	

2. Der in der Verwaltungsvorlage vom 09.09.2008 (Drucksachen-Nr. 0772/2008) unterbreitete Vorschlag, die Grundschulen Vinckeschule, Reh und Erwin-Hegemann zum Schuljahr 2009/2010 auslaufend aufzulösen wird abgelehnt, da der Erhalt der wegfallenden Plätze im Offenen Ganztag ohne erhebliche finanzielle Mehraufwendungen kurzfristig nicht möglich ist und die spezifischen Sozialraumdaten dagegen sprechen.

Abstimmungsergebnis:

X	Einstimmig beschlossen
	Mit Mehrheit beschlossen
	Einstimmig abgelehnt
	Mit Mehrheit abgelehnt
	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
	Ohne Beschlussfassung
	Zur Kenntnis genommen

Dafür: 9
Dagegen: 0
Enthaltungen: 3

3. Die aufgrund der demografischen Entwicklung gegebenenfalls ab 2010/2011 notwendigen Veränderungen bei Grundschulen mit OGS-Betrieb sind in Abstimmung mit den Trägern des Offenen Ganztags zu entwickeln und unter Berücksichtigung der tatsächlichen Raumbestände und Schülerzahlen vorzunehmen.



Seite: 11

Ab	Abstimmungsergebnis:	
X	Einstimmig beschlossen	
	Mit Mehrheit beschlossen	
	Einstimmig abgelehnt	
	Mit Mehrheit abgelehnt	
	Abgelehnt bei Stimmengleichheit	
	Ohne Beschlussfassung	
	Zur Kenntnis genommen	
Dat	Dafür: 12	
Dag	Dagegen: 0	

11. Planungskonzept "Kinderschutz in Hagen"

- Dritte Lesung -

Enthaltungen: 0

Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Planungskonzept "Kinderschutz in Hagen"

- Zweite Lesung -Vorlage: 0747/2008

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer bittet für die dritte Lesung dieses Tagesordnungspunktes um Wortmeldungen.

Herr Reinke bedankt sich zunächst bei Presse, Rundfunk und Gesundheitsamt für die bisherige Unterstützung. Er weist darauf hin, dass im Änderungsantrag unter Punkt 4 die finanziellen Mittel für eine Kinderschutzambulanz gemeint seien, die in Abstimmung mit den freien Trägern und/oder durch Kompensation aus dem Fachbereich Jugend und Soziales bereit gestellt werden sollten. Weiter berichtet er, dass es Gespräche mit dem Ennepe-Ruhr-Kreis gegeben habe. Hier könne es ggf. zu einer Kooperation kommen. Ein Bericht solle in drei Monaten vorgelegt werden. Er bittet um Unterstützung für den Änderungsantrag.

Herr Steuber führt aus, dass einerseits ein Planungskonzept für den Kinderschutz erstellt werden solle, andererseits jedoch der Wunsch, dies durch Einrichtung einer Kinderschutzambulanz zu beschleunigen, zu berücksichtigen sei. Beide Ziele könnten miteinander verknüpft werden und die Verwaltung könne, wie in der Vorlage dargestellt, beauftragt werden. Er trägt daher folgenden Beschlussvorschlag vor:

Die vorhandenen Angebote zum Kinderschutz in Hagen werden weiterentwickelt. Ziel ist eine Kombination aus breit angelegter präventiver Arbeit (u. a. frühe Hilfen, Information, Sensibilisierung und Qualifizierung von Fachkräften) und gebündelter, multiprofessioneller Hilfeangebote (Kinderschutzambulanz, weiter-



Seite: 12

führende Beratungs- und Therapieangebote) für die Betroffenen und Beteiligten. Mit Blick auf die besondere Hilfebedürftigkeit der Betroffenen hat die Errichtung einer Kinderschutzambulanz für Hagen im Rahmen der Erarbeitung und Umsetzung des Konzeptes Priorität. Ausgehend von den vorliegenden Ergebnissen und in Zusammenarbeit mit dem "Runden Tisch" legt die Verwaltung dem Rat spätestens im 1. Quartal 2009 einen Vorschlag für ein Konzept zur Einrichtung einer Kinderschutzambulanz vor. In der Vorlage ist insbesondere einzugehen auf die Finanzierung der Einrichtung, mögliche Formen der interkommunalen Zusammenarbeit sowie die pädagogischen und organisatorischen Rahmenbedingungen. Die Verwaltung wird beauftragt, zur Finanzierung geeignete Vorschläge für eine kostenneutrale Einrichtung/Errichtung der Kinderschutzambulanz zu unterbreiten.

Herr Reinke meint, es habe bereits genügend Gespräche und Gesprächsrunden gegeben, so dass nunmehr beschlossen werden solle.

Herr Dr. Schmidt erklärt, aus dem Vorschlag werde das Wort Konzept gestrichen.

Herr Dücker findet diesen Vorschlag gut, so dass er ihm beitreten könne.

Frau Klos-Eckermann führt aus, sie könne sich diesem Vorschlag anschließen, wenn er sauber abgearbeitet werde.

Frau Burghardt bedankt sich ausdrücklich bei Herrn Reinke für sein Engagement.

Herr Strüwer stellt folgende Beschlussvorschläge zur Abstimmung:

Beschluss:

Ahstimmungsergehnis:

Das mit dem Landesjugendamt erarbeitete Planungskonzept, für den "Kinderschutz in Hagen" wird wie dargestellt umgesetzt:

Ein erster Zwischenbericht erfolgt vor den Sommerferien 2009.

2	X	Einstimmig beschlossen
		Mit Mehrheit beschlossen
		Einstimmig abgelehnt
		Mit Mehrheit abgelehnt
		Abgelehnt bei Stimmengleichheit
		Ohne Beschlussfassung
		Zur Kenntnis genommen



Seite: 13

Dafür: 12
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

Beschluss:

Die vorhandenen Angebote zum Kinderschutz in Hagen werden weiterentwickelt. Ziel ist eine Kombination aus breit angelegter präventiver Arbeit (u. a. frühe Hilfen, Information, Sensibilisierung und Qualifizierung von Fachkräften) und gebündelter, multiprofessioneller Hilfeangebote (Kinderschutzambulanz, weiterführende Beratungs- und Therapieangebote) für die Betroffenen und Beteiligten. Mit Blick auf die besondere Hilfebedürftigkeit der Betroffenen hat die Errichtung einer Kinderschutzambulanz für Hagen im Rahmen der Erarbeitung und Umsetzung des Konzeptes Priorität. Ausgehend von den vorliegenden Ergebnissen und in Zusammenarbeit mit dem "Runden Tisch" legt die Verwaltung dem Rat spätestens im 1. Quartal 2009 einen Vorschlag zur Einrichtung einer Kinderschutzambulanz vor. In der Vorlage ist insbesondere einzugehen auf die Finanzierung der Einrichtung, mögliche Formen der interkommunalen Zusammenarbeit sowie die pädagogischen und organisatorischen Rahmenbedingungen. Die Verwaltung wird beauftragt, zur Finanzierung geeignete Vorschläge für eine kostenneutrale Einrichtung/Errichtung der Kinderschutzambulanz zu unterbreiten.

AD	Abstillingsergebilis.		
X	Einstimmig beschlossen		
	Mit Mehrheit beschlossen		
	Einstimmig abgelehnt		
	Mit Mehrheit abgelehnt		
	Abgelehnt bei Stimmengleichheit		
	Ohne Beschlussfassung		
	Zur Kenntnis genommen		
Dafür: 12 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0			



Seite: 14

12. Integrationskonzept für die Stadt Hagen

hier: Ergänzungsvorlage zur Vorlage 0139/2008 für den Teilbereich Sport

Vorlage: 0895/2008

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

s. unter TOP 13

Herr Strüwer stellt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Beschluss:

- 1. Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.
- 2. Die Verwaltung wird beauftrag, das Konzept weiterzuentwickeln.
- 3. Nach Ablauf von 2 Jahren ist ein Sachstandsbericht zu erstellen.

Abstimmungsergebnis:

X	Einstimmig beschlossen
	Mit Mehrheit beschlossen
	Einstimmig abgelehnt
	Mit Mehrheit abgelehnt
	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
	Ohne Beschlussfassung
	Zur Kenntnis genommen

Dafür: 12
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

13. Integrationskonzept für die Stadt Hagen

- Zweite Lesung -Vorlage: 0139/2008

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 12 und 13 zusammenzufassen und stellt Einvernehmen hierzu fest.

Herr Schledorn erklärt, dass er statt der in der Vorlage aufgelisteten Grundwerte und Grundsätze des Sports einzelne Projekte erwartet hätte.



Seite: 15

Herr Kühn ergänzt zur Vorlage, dass jeder Verein sich an den Landessportbund wenden könne. Zum Thema Gewalt auf dem Sportplatz fügt er hinzu, dass es hierzu bereits mehrfach Sitzungen gegeben habe.

Herr Strüwer stellt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Beschluss:

Dafür: Dagegen:

Enthaltungen: 1

- 1. Der vorliegende Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen.
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, das Integrationskonzept so wie in der Vorlage beschrieben weiterzuentwickeln.
- 3. Die bereits laufenden Maßnahmen
 - Koordinierung der Integrationskurse sowie bedarfsgerechte Sprachförderangebote der VHS
 - Sprachförderangebote des Fachbereiches Jugend & Soziales und der RAA im Elementar- und Primarbereich

sollen in den Jahren 2009/2010 fortgeführt werden.

Falls künftig eine Finanzierung über die Sparkassenspende nicht mehr möglich sein sollte, wird die Verwaltung beauftragt, andere Finanzierungsmöglichkeiten kostenneutral darzustellen.

- 4. Es wird eine Stadtteilintegrationskonferenz zunächst für den Stadtteil Wehringhausen durchgeführt.
- 5. Die in Hagen vorhandenen Integrationsangebote werden im städtischen Internetangebot gebündelt dargestellt.
- 6. Die Verwaltung wird beauftragt, ressortübergreifend und unter Beteiligung der freien

Träger die weiteren Maßnahmen umzusetzen. Zur Evaluation der Integrationsarbeit

sind Daten und Indikatoren zu erheben und auszuwerten.

7. Ein weiterer Sachstandsbericht wird bis Mai 2009 erwartet.

Abstimmungsergebnis: X Einstimmig beschlossen Mit Mehrheit beschlossen Einstimmig abgelehnt Mit Mehrheit abgelehnt Abgelehnt bei Stimmengleichheit Ohne Beschlussfassung Zur Kenntnis genommen



Seite: 16

14. Anfragen nach § 6 Abs. 8 der GeschO des Rates

Keine

Ende des öffentlichen Teiles: 18.15 Uhr